

Laibacher Zeitung.



Nr. 89.

Pränumerationspreis: Am Comptoir ganzl. fl. 11, halbfl. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbfl. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbfl. fl. 7.50.

Donnerstag, 19. April

Insertionsgebühren bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 50 kr.

1866.

Amlicher Theil.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 14. April d. J. zu Linien-Schiffskapitäns die Fregattentapitäne Karl von Faber, Georg Millossich, Joseph Auerhammer von Auerstein und Alfred Barry und

zu Korvettenkapitäns die Linien-Schiff-Lieutenants Rudolf Ungewitter, Adolf Kölling, Moriz Monfroni von Monfort und Viktor Herzfeld allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 7. April d. J. den Privatdozenten Dr. Friedrich Müller zum außerordentlichen Professor der orientalischen Linguistik an der Wiener Universität allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Staatsminister hat über Vorschlag des bischöflichen Ordinariats zu Adria den Kanonikus Saute Chilese zum wirklichen Religionslehrer am I. I. Unter-Gymnasium zu Rovigo ernannt.

Nichtamlicher Theil.

Laibach, 19. April.

Das über Veranlassung der I. I. Landesbehörde an die Schuldistriktsaufsichten erlassene Zirkulare des fürstbischöflichen Konsistoriums vom 16. v. M., das neben Einschärfung des Schulbesuches und Ermahnung der Lehrer zur Selbstfortbildung auch der Pflege der deutschen Sprache erwähnt, hat durch die slowenische Tagespresse eine eben so willkürliche als ungerichte Kommentierung erhalten.

Statt die wohlmeinende Absicht dieser Verordnung, welche keine Neuerung, sondern nur die Erinnerung an bestehende aber bisher faunselig befolgte Vorschriften enthält, anzuerkennen, werden derselben Tendenzen, wie: die Beeinträchtigung der Muttersprache, die Entnationalisierung, die Verkümmern des eigentlichen Volksunterrichtes — zugeschrieben, mit denen dieselbe durchaus nichts gemein hat.

Das Zirkulare des Konsistoriums ist das Intimat des Erlasses der I. I. Landesbehörde vom 22. Februar l. J., Z. 2171, welcher in Erledigung des Hauptberichtes über den Zustand des Volksschulwesens in Krain erlassen ist.

Bei der konstatierten bedauerlichen Thatsache, daß in Krain noch 24.784 schulpflichtige Kinder der Wohlthat eines geordneten Schulunterrichtes entbehren, wurde auf die Errichtung neuer direktivmäßiger Schulen, wo die Umstände sie gestatten — auf die Errichtung von Nothschulen, wo das Schulbedürfnis nicht anders zu befriedigen ist — auf die Einführung eines abgesonderten Schulunterrichtes mit zwei halben oder einem ganzen Wochentage für die entfernter von der Pfarrschule wohnenden und daher an dem regelmäßigen Besuche gehinderten Kinder — unter allen Umständen auf einen regelmäßigen Schulbesuch unter strenger Verantwortung der Eltern — endlich auf den fleißigen Besuch des sonntäglichen Wiederholungsunterrichtes insbesondere der Lehrlinge mit allem Nachdruck gedrungen.

In ebenso wohlmeinender Weise wurde den Lehrern die wichtige Pflicht der eigenen Fortbildung durch fleißige Lektüre gediegener didaktisch-pädagogischer Werke, empfehlenswerther Methodenbücher, des österr. Schulboten u. dgl. ans Herz gelegt, welche für jeden unerlässlich ist, der in seinem Fache nicht verkümmern will. Zugleich wurde die unablässige Abhaltung der Lehrerkonferenzen empfohlen, weil diese die Fortbildung des Lehrers rege zu erhalten, Gesinnungstüchtigkeit zu fördern und den Lehrerstand zeitgemäß zu heben vorzugsweise geeignet sind, insbesondere wenn sich die einzelnen Konferenzmitglieder allen Ernstes angelegen sein lassen, die aufgegebenen Themata möglichst gut und gründlich auszuarbeiten und sonach Aufsätze zu liefern, welche sich zur Veröffentlichung eignen.

Weil ferner wahrgenommen wurde, daß die bestehende Verordnung hintangesetzt wird, wornach bei Festhaltung der slowenischen Muttersprache als Unterrichtssprache in den Volksschulen gleichwohl dem sich etwa äussernden Wunsche der Gemeinden auf Pflege der deutschen Sprache Rechnung zu tragen sei, und daß es, wo solcher Unterricht eingeführt ist, nicht vom einseitigen Belieben des Ortsgeistlichen oder Schul-

lehrers abhängt, diesen Unterricht wieder aufzulassen, wurde unter Hinweisung auf die praktischen Vortheile, welche hiebei ins Auge zu fassen sind, die genaue Beobachtung dieser Verordnung neuerlich in Erinnerung gebracht.

Wir lassen den Wortlaut der betreffenden Stelle des fraglichen Erlasses folgen:

„Die meisten Eltern wünschen und legen in der Regel ein großes Gewicht darauf, daß ihre Kinder neben der Ausbildung auf Grund der Muttersprache sich auch einige Kenntniss der deutschen Sprache in der Schule aneignen, und schiden sie aus eben dieser Absicht lieber dahin. Erst vor Kurzem wurden an drei Orten, wo ordentliche slowenische Trivialschulen bestehen, mit namhaften Kosten gut dotierte Privatschulen errichtet, in welchen die deutsche Sprache gehörig gepflegt wird. Lassen sich doch die Vortheile und der Nutzen dieser Sprachkenntniss durch keine Sophisterei wegdisputiren. Man sehe nur auf die geographische Lage Krains, man erwäge den vielfachen und häufigen geschäftlichen Verkehr mit den nördlichen Nachbarvölkern und so manche andere Umstände, welche den Krainer nöthigen, mit den Deutschen zu verkehren oder beständig unter denselben zu leben, wie dies z. B. bei solchen der Fall ist, welche sich dem Gewerbe oder dem Handel widmen, zum Militär kommen, oder in einen Dienst nordwärts und theilweise im Lande selbst treten u. dgl., und man wird den Grund der Werthschätzung der deutschen Sprache von Seite der nächstern, praktisch denkenden Bevölkerung ganz begreiflich finden.“

In verdienter Würdigung der angezeigten praktischen Wichtigkeit, welche die deutsche Sprache hierlands behauptet, wolle daher das hochwürdigste fürstbischöfliche Konsistorium das Geeignete gefälligst veranlassen, daß der Unterricht in derselben nicht bloß in jenen Schulen, in welchen er bisher gepflegt wurde, in Gemäßheit der hierortigen Verordnung vom 15. Juli 1865, Z. 7052, fortgesetzt, sondern auch anderwärts, wo derselbe aus mißverstandenen nationalen Sprachfeind in der jüngsten Zeit, und zwar eigenmächtig, daher ungeschicklich beselligt worden, wo aber der Wunsch der Bevölkerung oder besondere örtliche oder andere beachtenswerthe Verhältnisse denselben rathlich machen, wieder eingeführt werde. Es handelt sich hier keineswegs um eine Germanisirung der Jugend, sondern um Erreichung eines höchst wichtigen Nebenzweckes, ohne hiebei den Hauptzweck, den man nie aus den Augen verlieren darf, nämlich die vorchriftsmäßige Ausbildung der Jugend auf Grund der Muttersprache, zu gefährden oder im geringsten zu beeinträchtigen, nachdem ohnehin die Kinder 6 volle Jahre ordnungsmäßig die Schule zu besuchen und sodann ein ganzes Triennium dem Fortbildungsunterrichte beizuwohnen haben.“

Wir fragen getrost jeden unbefangenen Leser, ob in dieser Stelle etwas zu finden sei, was die obigen von nationaler Seite ausgesprochenen Besorgnisse zu rechtfertigen geeignet sei?

Wir sind überzeugt, daß die Regierung weit entfernt ist, niedern Volksschulen die Pflege der deutschen Sprache von Amtswegen vorzuschreiben. Jedoch wird sie sich immer verpflichtet sehen, bezüglichen Wünschen der Gemeinden, insofern solche ausführbar erscheinen, Rechnung zu tragen.

Auch auf den Einwand wegen Verkümmern des eigentlichen Volksunterrichtes durch das Erlernen der deutschen Sprache antwortet obige Stelle bündig genug durch die Hinweisung auf den langen Zeitraum von 9 Jahren, der in der Volksschule zu Gebote steht, in dem also wohl Zeit genug erübrigt für einen Sprachunterricht, der nur nebenher und nur, wo der Wunsch der Bevölkerung ihn verlangt, betrieben werden soll.

An die Verfasser der fraglichen Artikel, wenn sie sich einigen Einflusses am Lande berühmen, möchten wir die Bitte richten, daß sie solchen lieber benützen möchten, um allseitig das Schulbedürfnis und die darauf bezüglichen Maßnahmen ernsthaft zu unterstützen, statt durch Ausstreuung von Besorgnissen, an deren Bestand sie selbst am wenigsten glauben, die öffentliche Meinung irre zu leiten und vielleicht das Pflichtgefühl und die schuldige Folgsamkeit der Lehrer gegenüber den Anordnungen der leitenden Schulbehörde wankend zu machen.

Laibach, 19. April.

Im Augenblicke ist die Aufmerksamkeit von der den eigentlichen Kontroverspunkt bildenden schleswig-holsteinischen Frage abgelenkt und auf die Verhandlungen wegen Einstellung der Rüstungen und Durchführung des Bundesprojektes ausschließlich gerichtet. Unter diesen Umständen verdient eine Berliner Korrespondenz der „Allg. Ztg.“ besondere Beachtung, welche sagt:

Die letzte Nummer der ministeriellen „Provinzial-Korrespondenz“ enthält unter anderem auch eine mysteriöse Andeutung über eine von unserer Regierung beabsichtigte neue Aktion in der schleswig-holsteinischen Frage. Eine nahe Zukunft, sagt sie, werde bald den Irrthum schwinden lassen, daß die preussische Politik bei der gegenwärtigen Wendung „die schleswig-holsteinische Frage in ihrer unmittelbaren Bedeutung geringer anschlage und deren Lösung nach den Anforderungen preussischen und deutschen Interesses etwa minder bestimmt und fest im Auge behalte.“ Ob sich's hierbei um die Verwirklichung der Einverleibungsgelüste durch das Mittel eines Parlamentsbeschlusses oder um eine andere Ueberraschung handelt, ist bei der Unstätigkeit der gegenwärtigen preussischen Politik schwer zu errathen. In der schleswig-holsteinischen Sache lassen wir heut einmal eines unserer größeren Provinzialblätter, die „Danziger Zeitung“, sprechen, welche sich so vernehmen läßt: „Das materielle Recht war auf Preußens Seite, als es die Februar-Bedingungen stellte, und es würde auch im Fall der Annexion auf seiner Seite sein, wenn die verfassungsmäßige Volksvertretung der Herzogthümer ihre freie Zustimmung zu derselben erteilt. Dagegen hat die Bismarck'sche Politik dahin geführt, daß das formelle Recht auf Seiten Oesterreichs steht, wenn es sowohl den Februar-Bedingungen als auch der Annexion sein unbedingtes Veto entgegenstellt. Nach den Verträgen, die Bismarck selbst abgeschlossen, kann Preußen über die definitive Regelung der schleswig-holsteinischen Verhältnisse nicht ohne die volle Zustimmung Oesterreichs verfügen; allerdings auch Oesterreich nicht ohne die Preußens. Dagegen steht es nach diesen Verträgen beiden Mächten vollkommen frei, durch friedliche Mittel dahin zu wirken, der einen, daß Preußen, der andern, daß etwa der Augustenburger bei der definitiven Regelung in den Alleinbesitz der Herzogthümer gelange. Oesterreich hat daher die Grenze seines formellen Rechts in keiner Weise überschritten, als es die Agitation zu Gunsten des Augustenburger in Schleswig-Holstein duldet, und Bismarck befand sich in einem offensbaren Irrthum, als er in seiner Januar-Depesche diese Demonstrationen als „feindlich gegen das für Preußen und Oesterreich gemeinsame Recht der Souveränität in den Herzogthümern“ bezeichnete. Nach der eigenen Erklärung der preussischen Regierung vom 29. November 1864 besitzen Preußen und Oesterreich überhaupt keine Souveränität in den Herzogthümern, weshalb denn auch die Verordnung vom 4. März nicht zu rechtfertigen ist. Denn in jener Erklärung heißt es, übereinstimmend mit Art. 3 des Wiener Friedens, nur: daß durch denselben an die Souveräne der deutschen Großmächte diejenigen Rechte zedirt seien, die Christian IX. auf die Herzogthümer besessen habe, und diese Rechte werden nur als die des „vorläufigen Besitzstandes“ bezeichnet, und wie er zur Zeit der Verhängung der Exekution in den Herzogthümern bestand.“ Dieser „vorläufige Besitzstand“, heißt es dann weiter, sei „auf Oesterreich und Preußen übergegangen;“ und endlich: „Dieser vorläufige Besitzstand konnte und kann, so lange die gegen denselben erhobenen Ansprüche anderer Präzedenzen nicht zur Anerkennung gebracht sind, weder vom Bunde noch von einer andern Regierung angefochten werden.“

Von dem Grunde der Behauptung, daß Oesterreich gerüstet habe, beginnen sich übrigens die preussischen Blätter durch Aussendung eigener Spezialkorrespondenten zu überzeugen, wir bringen nachstehend einen diesfälligen Bericht:

Von der böhmisch-schlesischen Grenze wird der „Schles. Ztg.“ geschrieben: „Referent hat im Laufe der letzten Woche Gelegenheit gehabt, die Grenze von Braunau über Politz, Nachod, Stalitz, Josephstadt, Lomniz, Turnau bis nach Reichenberg zu bereisen, und hat sich mit eigenen Augen überzeugt, daß mit Ausnahme von der Festung Josephstadt, der Stadt Jaromirz und Jicin, von Braunau bis Reichenberg (einschließlich Reichenberg) kein Mann Militär steht, so daß also die sämmtlichen Grenzstädte: Reichenberg, Turnau, Lomniz, Hochstadt, Starckenbach, Hohenelbe, Arnau, Königinhof, Trautenau, Starkstadt, Stalitz, Nachod, Politz und Braunau unbefestigt sind, wie sie seit Jahren gewesen sind. In Josephstadt und Jaromirz liegen: 1. das Regiment Großfürst Michael ganz, aber vollständig auf Friedensfuß, 2. vom Regimente Großfürst Konstantin 2 Bataillone, 3. 3 Batterien Artillerie, 4. 1 Detachement Genietruppen und 5. 2 Bataillone Jäger. Von einer Veränderung ist auch seit meinem letzten Bericht vom 29. März noch nichts zu bemerken;

auf den Wällen steht auch nicht eine Kanone, die Gräben sind vollständig ohne Wasser, in und um Josephstadt herrscht die friedlichste Stille. In Zidin steht ein Bataillon Jäger, die aber seit Jahren dort stehen und aus dem Grunde, weil in der Nähe ein bedeutendes Zuchthaus mit vielen Sträflingen ist, außerdem befindet sich dort ein Depotbataillon von Graf Nobili Nr. 54. Die österreichische Dienstzeit ist achtjährig und hat außerdem noch zwei Jahre Reserve; nach dem dritten Jahre beginnen die Beurlaubungen auf unbestimmte Zeit. Referent kann verbürgen, daß in sämtlichen Grenzbezirken von Braunau bis Reichenberg nicht ein Urlauber eingezogen ist, trotzdem einige Bezirksämter wegen Mangels an Beschäftigung für die arbeitende Klasse höheren Orts darum eingekommen sind; von der im März d. J. vorgenommenen Assentierung ist noch niemand der Assentierten einbeordert und stehen selbst von der vorjährigen noch viele zurück. Referent hat auf dem Bahnhofe von Josephstadt am 11. d. M. gesehen, daß mit dem Abzuge 6 Uhr 5 Min. 80 Mann Artilleristen ankamen, die als Beurlaubte auf unbestimmte Zeit ihrer Heimat von dort aus zuzugingen.

Die von vielen Seiten geschilderte Geschäftigkeit gegen das preussische Volk hat Referent nirgends, weder bei den Offizieren noch bei dem Publikum, gefunden; Referent hatte Gelegenheit, in Josephstadt mit Offizieren zusammen zu sein, mit der Begleitung des Generalmajors v. Gondrecourt, die nach Zidin zur Inspektion führen, von Josephstadt nach Falzendorf in einem Coupé hin und zurück zu fahren; es wurden allerlei Bemerkungen über die gegenseitige Stellung gewechselt, ohne aber auch nur die geringste Form von Geschäftigkeit anzunehmen.

Solchen bestimmten Aussagen gegenüber können wir unser Ersauern über die auch in der neuesten Antwort der preussischen Regierung ausgedrückte Forderung, Oesterreich habe seine Armee auf den Friedensfuß zu setzen, nicht verbergen. Während also die preussischen Rüstungen ununterbrochen fortgesetzt werden, soll Oesterreich, welches bisher allerdings noch im Friedensstande verharrt, nicht einmal zu defensiven Rüstungen greifen dürfen, das heißt: der österreichischen Loyalität das Aeußerste zumuthen, nämlich sich mit gebundener Hand dem Gegner zu überliefern. Unsere Regierung, welche in der Depesche vom 7. April eine so entschiedene Sprache führt, wird sicherlich auch auf eine solche Herausforderung die richtige Antwort zu finden wissen.

Oesterreichische Depesche vom 7. April an den Grafen Karolyi in Berlin.

Ich übersende Ew. im Anschlusse eine Abschrift der Note, mittelst welcher der k. preussische Gesandte Freiherr v. Werther im Auftrage seines Hofes die von Ihnen am 31. v. M. an den Herrn Grafen v. Bismarck gerichtete Note beantwortet hat.

Wenn das Kabinet von Berlin in jener Note dabei beharrt, die angeblichen Rüstungen Oesterreichs als die Ursache der entstandenen Kriegsbesorgnisse darzustellen, so zweifeln wir in der That, ob der Charakter der Würde, welcher von einer Verhandlung zwischen zwei großen Mächten unzertrennlich sein soll, uns erlaube, diese Behauptung nochmals ausdrücklich zu widerlegen. Wir berufen uns ruhig auf das Urtheil der Welt über den Versuch, Oesterreich offensiver Absichten zu beschuldigen. Wäre die Note des Freiherr v. Werther im Rechte, so müßte Europa während der letzten Monate in schwerem Traume befangen gewesen sein. Daß man in Preußen laut davon sprach, die Annexion der Herzogthümer müsse mit Güte oder mit Gewalt vollzogen werden, — daß am 26. Jänner eine Depesche des Grafen Bismarck nach Wien abging, welche in allen preussischen Regierungsorganen geflüchtig als der Vorbote des Bruches bezeichnet wurde, — daß nach unserer ablehnenden Antwort außerordentliche Staatsberatungen unter Zuziehung hoher Militärs in Berlin stattfanden, — daß Maßregeln zur Vorbereitung einer Mobilisirungsordre getroffen wurden, — daß Preußens erster Minister die Unvermeidlichkeit eines Krieges betonte, — daß er am 16. März die offene Frage Ew., ob Preußen die Gasteiner Konvention gewaltsam zu lösen beabsichtige, mit einem Nein beantwortete, welches er selbst für werthlos und nichtig erklärte, — daß Preußen mit dem Florentiner Hofe über die Eventualität eines Krieges gegen Oesterreich unterhandelte, — dieses alles müßte eitel Sinnestäuschung gewesen sein, und der Wirklichkeit müßten nur jene drohenden österreichischen Heeresmassen angehören, welche sich seit dem 13. März — es ist das preussische Kabinet selbst, welches dieses Datum anföhrt — gegen die preussische Grenze bewegt haben sollten!

Aber die Dinge sind vor Aller Augen anders verlaufen, und sie stehen noch heute anders. —

Auf ausdrücklichen Befehl Sr. Majestät des Kaisers wiederhole ich hiermit die bestimmte Erklärung, daß in Oesterreich noch bis zum heutigen Tag keine der Verfügungen getroffen worden ist, welche nach unserer Heeresorganisation die Eröffnung eines großen Krieges vorbereiten müssen. Es ist insbesondere keine irgend erhebliche Truppen-Konzentration, geschweige eine Aufstellung an der Grenze angeordnet worden, kein ungewöhnlicher Ankauf von Pferden, keine Einberufung von Urlaubern

in nennenswerthem Umfange hat stattgefunden. Ja, der Kaiser, unser a. g. Herr, ist in seiner Zuversicht so weit gegangen, daß Se. Majestät mich ermächtigt hat, von denjenigen Dislokationen, welche in Wahrheit vorgenommen worden sind, dem k. preussischen Gesandten ohne Rückhalt Mittheilung zu machen. Mit der vollsten Autorität hat daher Frhr. v. Werther gegründete Nachrichten über die diesseitigen militärischen Maßregeln nach Berlin melden können. Die übrigen, aus welchen man den Alarmruf der Ansammlung einer Armee an der Nordgrenze Oesterreichs gemacht hat, muß ich mit größter Entschiedenheit, wie ich es bereits wiederholt mündlich gegenüber dem Freiherrn v. Werther gethan, für wahrheitswidrig erklären. Jede Diskussion über die Priorität militärischer Vorkehrungen in Oesterreich oder in Preußen ist endlich vollkommen überflüssig gemacht worden durch das Wort des Kaisers, welches dafür, daß Oesterreich keinen Angriff im Sinne habe, mittels der Note vom 31. März klar und bündig verpfändet worden ist.

Eine analoge Versicherung, eben so klar und bündig im Namen Sr. Majestät des Königs Wilhelm ertheilt, bedingt von selbst die beiderseitige Einstellung jeder weiteren Maßregel von kriegerischer Bedeutung.

Eine solche Versicherung haben wir deshalb zu erhalten gewünscht, und heute liegt wirklich, in Ewidierung auf die erwähnte Note, dem kais. Hofe die förmliche Erklärung vor, daß den Absichten Sr. Maj. des Königs nichts ferner liege, als ein Angriffskrieg gegen Oesterreich.

Der Kaiser, unser a. g. Herr, hat auf diese Erklärung gehofft. Se. Majestät nimmt dieselbe mit Vertrauen an.

Ein Grund zu weiteren Rüstungen liegt sonach nicht mehr vor, und da in Oesterreich, wie ich im Vorstehenden erhärtet habe, keine Kriegsvorbereitungen im Gange sind, so müßten wir nunmehr der — in der Note des k. preussischen Gesandten mit Bedauern von uns vermißt — Nachricht entgegensehen, daß die in Preußen am 28. v. M. erlassene Mobilisirungs-Ordre unausgeführt bleiben werde. Um eine beruhigende Mittheilung hierüber wollen Ew. unverweilt, da das kaiserliche Kabinet nach dem stattgahabten Notenaustausche nicht ohne schwere Verantwortlichkeit gegen eine längere Fortsetzung der Rüstungen Preußens gleichgiltig bleiben könnte, den königl. Herrn Minister-Präsidenten, welchem Sie die gegenwärtige Depesche in Händen lassen wollen, ersuchen, und uns von dem Erfolge Ihres Schrittes durch den Telegraphen Anzeige erstatten. —

Empfangen zc. zc. zc.

Oesterreich.

Wien, 17. April.

Die heute Morgens durch den Telegraphen bekannt gewordenen charakteristischen Züge der Situation ließen wohl voraussehen, daß die Börse eine sehr bewegte sein werde. Nichtsdestoweniger überbot die daselbst momentan herrschende Derout alle Befürchtungen. Was man unlängst von Paris meldete, daß es geradezu zur Unmöglichkeit geworden sei, die Kurse zu notiren, das konnte man heute auch von dem hiesigen Plage sagen. So wenig es aber möglich war, die Kurse zu notiren, so wenig war es auch möglich, die auf die Stimmung einwirkenden Gerüchte zu fixiren. Man wollte wissen, daß Graf Mensdorff heute Baron Werther empfangen und die preussische Antwort auf die österreichische Note vom 7. d. entgegengenommen, daß diese Antwort aber nichts weniger als beruhigend laute, indem Preußen die Einstellung der Rüstungen auf das bestimmteste ablehnte. Es tauchten aber auch die alten Versionen von vor drei Tagen wieder auf, nach welchen eine Annäherung Frankreichs an Preußen und Italien in Aussicht gestellt ward, und zugleich wurden auch die an der russischen Grenze im Zuge befindlichen Truppen-Konzentrationen im Sinne einer Bedrohung Oesterreichs aufgefaßt. Mit einem Worte: man gefiel sich förmlich darin, die Lage so schwarz als möglich zu sehen, und es kamen in Folge dessen Kurse zum Vorschein, wie sie wohl nach einer verlorenen entscheidenden Schlacht befürchtet werden mochten, vor dem Ausbruche eines Krieges bisher aber noch nicht notirt wurden. Der einzige lichte Stern an diesem düsteren Horizonte war die Version von einem Briefe der Königin von England an den Grafen Mensdorff, bekanntlich einem Verwandten dieses königlichen Hauses, in welchem demselben, allerdings nur privat, die Anerkennung über die Haltung des österreichischen Kabinetes in dem Konflikte mit Preußen ausgesprochen wird.

Dem Vernehmen nach sind in diesen Tagen die Sitzungen jenes Komitees, welches mit dem Entwurfe des Programmes zu den vor der kaiserlichen Hofburg zu erbauenden Muscal-Gebäuden beauftragt war, so weit gediehen, daß das Programm für den zu eröffnenden Konkurs der Architekten demnächst publizirt werden dürfte.

Wien, 17. April. Das Namensfest des Kronprinzen Rudolph wurde heute am Hofe im Familienkreise begangen. Gestern, als am Vorabende, fand im k. k. Theresianum eine Festvorstellung von den Zöglingen statt. Heute Vormittags wohnte der Kronprinz dem Gottesdienste in der k. k. Hofburgkirche bei und nahm später die Gratulationen und Geschenke entgegen.

Unter den Gratulanten befand sich eine Deputation, bestehend aus mehreren Offizieren des zweiten Artillerie-Regiments Kronprinz Rudolph, dessen erster Inhaber Se. k. Hoheit ist. Nachmittags fand bei dem Kronprinzen ein Diner statt.

Agram, 13. April. In seiner neuesten Nummer spricht sich „Sviet“ über die gemeinsame Gesetzgebung mit Ungarn in folgender Weise aus: Tag an Tag verstreicht und damit nähert sich der Augenblick, wo die kroatischen Vertrauensmänner und jene der ungarischen Nation zusammentreffen werden — ein Augenblick, dessen Wichtigkeit nicht einzusehen, eine große Kurzsichtigkeit in den politischen Ereignissen beweisen würde. Die Besprechung, welche vielleicht auf lange Zeit über die politische Existenz Kroatiens entscheiden wird, nähert sich, und jedem Patrioten drängen sich hunderte von Fragen auf. Eine hievon ist jedenfalls: ob wir eine Gesetzgebung gemeinsam mit Ungarn haben können? Wir beabsichtigen nicht, darüber ausführlich zu sprechen, ob es im Interesse des dreieinigten Königreiches liege, daß in welcher immer Angelegenheit die gemeinsame Gesetzgebung mit Ungarn begründet werde, auch wollen wir nicht auseinanderlegen, welche gemeinsamen Angelegenheiten dies wären; wir wollen uns nur mit der formellen Seite dieser Frage befassen. Vor allem bemerken wir, daß unser Landtag in seiner Adresse und noch mehr in der Instruktion vom 9. März die gemeinsamen Angelegenheiten aller Königreiche und Länder der Monarchie anerkannt hat, ebenso, daß es natürlich sei, daß die Verhandlung dieser Angelegenheiten in irgend einem Kontrollkörper vor sich zu gehen habe. Wir wissen, daß durch diese Anerkennung die Möglichkeit gemeinsamer Legislation mit den Nachbarn über der Drave nicht ausgeschlossen ist; wissen aber auch, daß in dem Falle, wenn Kroatien welche immer gemeinsame Angelegenheit mit Ungarn haben würde, daselbe einer dreifachen Gesetzgebung unterworfen wäre: der kroatischen, ungarisch-kroatischen und endlich der gesamt-österreichischen. Gehen wir weiter: Nach den primitivsten Grundsätzen des öffentlichen Rechtes ist es unumgänglich nöthig, daß jeder Legislation auch die betreffende Exekutive zur Seite stehe. Hier zeigt sich uns in diesem Falle eine sichere Perspektive auf das ungarische Ministerium. Wir kennen mehrere Staaten, die so eingerichtet sind, wie nach unserem Wunsche auch Oesterreich sein sollte, daß nämlich einzelne Länder einige wichtige Angelegenheiten der Zentralregierung zur gemeinsamen Verhandlung überlassen, aber wir kennen kein Beispiel, daß in einem solchen Staate das einzelne Land überdies von der Gesetzgebung des Nachbarn abhängen würde, und wenn ein solches Beispiel uns nachgewiesen würde, so kann man überzeugt sein, daß ein solches Land in diesem Falle nicht gleichberechtigt, sondern dem andern unterworfen wäre. Doch stellen wir die unwahrscheinliche Hypothese auf, es sei im Interesse der kroatischen Nation, daß sie neben den mit der Gesamtmonarchie gemeinsamen Angelegenheiten einige Gegenstände der gemeinsamen Verhandlung mit Ungarn übergebe, und daß es in diesen Angelegenheiten die gemeinsame vollziehende Macht für die Länder der ungarischen Krone anerkennt; da zeigt sich die erste Nothwendigkeit, Vertreter für den gemeinsamen Landtag zu wählen und in diesem Falle ist die vollkommene Kenntniß der betreffenden Geschäftssprache nothwendig. Wir sagen aber, daß die kroatische Nation, wenn man auf die Sprache, die sie versteht, Rücksicht nimmt, sie eher Vertreter in das englische Parlament und noch leichter in den französischen legislativen Körper, und hundertmal leichter nach Florenz, endlich tausendmal leichter nach Wien — als in den ungarischen Landtag schicken kann, — denn daß der gemeinschaftliche Landtag im vollen Sinne des Wortes noch viele Jahre ein magyarischer sein wird, ist nicht zu bezweifeln. So unfehlbar wahr es einerseits ist, daß wir Kroaten große Magyarofilen sind, so wahr ist es aber auch, daß wir magyarisch weder verstehen noch sprechen. Wer soll uns also in einem solchen Körper vertreten? Man sagt, es soll Gleichberechtigung werden — jeder spreche in seiner Sprache — wir danken für eine solche Vertretung unserer Interessen, wo die kroatischen Vertreter nicht verstehen werden, was man über ihr Vaterland spricht. Ein würdiger Patriot sagte uns, daß die großherzigen Magyaren das Magyarenthum bald beseitigen und über Hals und Kopf kroatisch lernen werden: Das ist eine sehr patriotische Idee — aber täuschen wir uns nicht darüber; sobald wir in einer wichtigsten Angelegenheit die mit Ungarn gemeinsame Gesetzgebung anerkennen, werden wir auch zugleich gegen unseren Willen die Kenntniß der ungarischen Sprache, als die Sprache der großen politischen Mehrheit, für jeden, der auf dem politischen Felde mit Erfolg zum Vortheile der kroatischen Nation wirken wollte, anerkennen müssen. Anstatt ein schweres Joch, das uns drückt, abzuschütteln, würden wir ein neues uns auferlegen.

Cattaro, 10. April. Der „Zukunft“ wird geschrieben: Wie aus der Türkei hieher kommende Reisende erzählen, kam in Duga (an der montenegrinischen Grenze) abermals ein größerer türkischer Truppenkörper an. Man erwarte dort auch die Ankunft Dimer Pascha's. In Bosnien und der Herzegovina werden Heerstraßen ausgebessert und großartige Einkäufe zu Militärzwecken gemacht; alles Anzeichen, die auf interessante Eventualitäten hinweisen.

Ausland.

Berlin, 13. April. (Vorst. Btg.) Je näher die Stunde der Entscheidung rückt, desto deutlicher prägt sich eine Art feierlicher, um nicht zu sagen ängstlicher Stimmung in den Physiognomien der königlichen Familie und ihrer nächsten Umgebung aus. Der König ist schweigsamer als je und arbeitet oft viele Stunden ununterbrochen mit Herrn v. Bismarck, der es auf seltsame Weise versteht, den bisweilen sinkenden Muth seines königlichen Herrn immer wieder neu aufzurichten. Sie werden glauben, daß ihm dies durch Darlegung der Mittel gelingt, über welche Preußen gegen Oesterreich verfügt, oder daß der edle Graf die äußeren Hilfsquellen aufzählt, auf die er rechnen zu können glaubt, — kein Wort von dem allen, Bismarck kennt ein ganz anderes Remedium gegen die Verdrüsterung des königlichen Geistes, er scherzt die böse Laune weg, er scherzt so lange und so stark über die ernstesten Dinge, bis der Monarch hell auslacht. Wahrscheinlich wird König Wilhelm, durch diese Art, ernste Gegenstände zu behandeln, selbst an den wirklichen Gefahren irre, denn wie könnte ein Staatsmann Verhältnisse so besprechen, falls Gefahren mit ihnen verknüpft wären! Die Feudalen fangen bereits an, Herrn v. Bismarck als einen Abtrünnigen zu betrachten und sich vor dem Einfluß des Ministers auf die Person des Monarchen zu ängstigen. Diese Partei wollte einen gewaltthätigen Mann an der Spitze der Regierung sehen, aber er sollte doch nur nach ihrem Rath handeln und das gemeinsame Programm buchstäblich befolgen, lauter Erwartungen, welche Graf Bismarck durchaus nicht erfüllt. Nun beginnt diese Partei gegen Bismarck zu intriguen. Namentlich hofft der Feudaladel auf russischen Beistand; man erwartet, daß dem König von St. Petersburg aus die Entlassung des Premiers empfohlen werden möge. Bismarck kümmert sich aber um diese Parteimanöver sehr wenig, da er das Bewußtsein in sich trägt, die Lage so weit verwickelt zu haben, daß man ihn schon darum, weil er allein alle Verschlingungen der einzelnen Fäden kennt, nicht fallen lassen darf. Die einzige Persönlichkeit, um welche sich der allmächtige Staatsmann sichtlich, wenn auch nur mit geringem Erfolg bemüht, ist der Kronprinz. Bismarck liebt den jungen Mann vielleicht nicht überschwänglich, aber noch viel kühler ist seine Stimmung gegen die Prinzessin Viktoria, von welcher er glaubt, daß die heimliche Opposition am Hofe gegen ihn ausgeht. Dehningedachtet hat er sich erst neulich als wahrer Hösling über die herrlichen Zähne geäußert, welche die Prinzessin lieblicher als all die Perlen der Schatzkammer schmücken.

Tagesneuigkeiten.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit allerhöchster Entschliebung vom 12. April d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß dem Bodesen von Triest Dr. Karl Porenta, den im Jahre 1865 zur Zeit der Cholera in Triest fungierenden Mitgliedern des dortigen städtischen Verwaltungsausschusses und der städtischen Centralsanitätskommission, so wie dem Landesmedizinalrath Dr. Konstantin Schrott, dem Lazaretharzt Dr. Franz Maganza und dem Vorstande des Triester Apothekergremiums, Apotheker Anton Liprandi, die allerhöchste Zufriedenheit über ihr thatkräftiges und erprießliches Wirken während jener Zeit bekanntgegeben werden darf.

Aus Würzburg, 14. April, wird der „Tagst.“ geschrieben: Se. Majestät der Kaiser ist gestern Abends in Steinhaus angekommen, hat dort im Gasthause des Johann Treitler übernachtet und heute Morgens in der Sommerau auf Auerbühne gejagt. — Um halb 7 Uhr früh hat Se. Majestät die Rückreise angetreten und ist über den Semmering mit Wagen bis Gloggnitz und von dort mit Separatzug nach Wien gefahren.

Das Staatsministerium soll auf wiederholtes Anbringen der Landesvertheidigungs-Oberbehörde in Tirol das von derselben beantragte Velleidungspauschale für die Landesjäger bewilligt haben; somit werden die Landesjäger in Deutschtirol die sehnlichst gewünschte Schutzmontur erhalten.

Bei der Ziehung am 16. d. der Lose vom Jahre 1864 ereignete sich dreimal der Fall, daß doppelte Gewinnsummen von einer und derselben Serie gehoben wurden. Deshalb mußte jedesmal eine zweite Ziehung der Gewinnsummen vorgenommen werden. In der Serie 3909 wurden nicht nur der Haupttreffer, sondern drei andere große Treffer und viele Nebentreffer gezogen. — Der Haupttreffer mit 220.000 fl. wurde von dem Chef des Wiener Wechselhauses L. Epstein (Gustav Epstein, Bankdirektor) gewonnen.

Am 17. d. M. Mittag ließ der Termin zur Uebernahme des beabsichtigten Anlehens der Stadt Triest von 1 1/2 Millionen ab. Es hat aber, wie die „Tr. Btg.“ hört, niemand eine Offerte zur Uebernahme gemacht.

Einem Schreiben des Baron Oberl, Präsidenten der österreichischen Pilgerkaravane, vom 29. März entnimmt der „Volksfr.“ die freudige Nachricht, daß sämtliche Theilnehmer der Pilgersahrt vollkommen wohl und sehr vergnügt sind. Ein zweiter Brief vom gleichen Tage erzählt, daß der Führer des Tuvora'schen Bergnützungszuges an einem bayerischen Priester, der an dem Bergnützungszug Theil nahm, in Jaffa sich thätlich vergrißen habe. Der Mißhandelte führte beim österreichischen Konsul in Jerusalem Klage, worauf der Schuldige die Flucht ergriff. Der Tele-

graph ereilte ihn zu Jaffa und er wurde nach Jerusalem zurückgebracht. Ueber das Schicksal der Tuvora'schen Reisenden verlautet noch nichts.

Fürst Metternich, unser Botschafter in Paris, ist unter allen Umständen galant. Die „N. N. Btg.“ theilt folgenden Quatrain mit, den er am 10. d. M. in einer Abendgesellschaft einer schönen preussischen Gräfin auf ihre Bitte ins Album schrieb:

Le comte de Bismarck devrail
Se mettre derrière vos charmes:
L'Autriche aussitôt lui rendrail
Les armes.

In phylisterischer deutscher Uebersetzung lautet dieser Quatrain etwa also:

Der Graf Bismarck sollte sich
Hinter Ihre Reize stecken:
Denn dann würde sicherlich
Oesterreich die Waffen strecken.

Lokales.

Unsere Sparkasse hat in ihrer letzten Sitzung am verfloffenen Montag 47 Darlehen in Beträgen von 100 bis 300 fl., aber auch in größeren Summen, auf Bauerngüter in Ober-, Unter- und Innerkrain gegeben.

Morgen findet die Generalversammlung der juristischen Gesellschaft um 5 Uhr Abends im Rathhaussaale statt.

Eine slovenische Stenographie soll von Herrn N. Zupan demnächst herausgegeben werden.

Um den außerhalb Wien wohnenden Mitgliedern des allg. Beamtenvereines die Betheiligung an der auf den 13. Mai l. J. ausgeschriebenen Generalversammlung zu ermöglichen, haben nachstehende Eisenbahngesellschaften die Begünstigung des halben Fahrpreises auf der 2. und 3. Klasse gegen Vorweisung der Mitgliedskarten zugestanden: Die k. k. priv. Südbahn vom 10. bis incl. 15. Mai; die k. k. priv. Staatsbahn vom 6. bis incl. 18. Mai; die k. k. priv. Ferdinands-Nordbahn vom 10. bis incl. 15. Mai; die k. k. priv. süd-norddeutsche Verbindungsbahn vom 11. bis incl. 16. Mai; die k. k. priv. Kaiserin Elisabeth-Bahn vom 11. bis incl. 15. Mai; die k. k. priv. Rheisenbahn vom 6. bis incl. 18. Mai; die k. k. priv. Karl-Ludwig-Bahn vom 5. bis incl. 20. Mai.

In Safniz, Bezirk Laß, wurde dem fleißigen Obstzüchter Matth. Schifferer am 15. d. M. feierlich die ihm durch die Generalversammlung der Landwirtschaftsgesellschaft zuerkannte silberne Ehrenmedaille durch den Herrn Landesstierarzt Dr. Bleiweis übergeben. Auf diese Feierlichkeit folgte ein Gastmahl bei dem Herrn Pfarrer Studic, welches die Sänger der Citalnica durch Vortrag nationaler Lieder verherrlichten.

(Naturschau.) Laibach, 18. April. Seit 9. d. M. sind folgende Frucht- und Waldbäume zur Blüthe gelangt: Die gemeine Pflaume (*Prunus domestica*) seit 10.; der Birnbaum (*Pyrus communis*) seit 11.; der Spitz-Ahorn (*Acer platanoides*), die weiße Birke (*Betula alba*), die Hainbuche (*Carpinus Betulus*) seit 12.; die Traubenkirche (*Prunus Padus*) seit 13.

Von Sträuchern: Die schwarze Johannisbeere (*Ribes nigrum*), die Mandelweide (*Salix amygdalina*), die rundblättrige Felsenbirne, letztere zielt mit ihren schneeweißen Blättern und Blüten die felsigen Partien der nahen Kalkberge.

Die Sommerlinde beginnt sich zu belauben. Die Roskastanie zeigt eine beinahe geschlossene Laubfülle. Die Stieleiche entfaltet ihre Blatt- und Blüthenknospen mit den hängenden Kästchen und wirft das noch stehen gebliebene dürre Laub vom vorigen Herbst völlig ab. Die äppigen Kästchen des Wallnussbaumes werden in Kürze zu stauben beginnen.

In Gärten blühen: Die Kaiserkrone (*Fritillaria imperialis*), die japanesische Quitte (*Cydonia japonica*), die Zwerg-Schwertlilie (*Iris pumila*), die Dichter-Narzisse (*Narcissus poeticus*), letztere um Laibach auch wild vorkommend.

Auf Mettern entfaltet der doldenblättrige Milchstern (*Ornithogalum umbellatum*) seine milchweißen Blüten.

Die Flora des Schloßberges zeigt das niederliegende und das Hängel-Bergglockenblüthen (*Myosotis decumbens*, *M. hispida*), den wolligen Hahnenfuß (*Ranunculus lanuginosus*), die großblättrige Sternmiere (*Stellaria Holostea*). Die Waldländer und lichten Gehölze schmücken das liebliche Singrün oder Immergrün (*Vinca minor*).

In Wäldern blühen: Die fünfblättrige Zahnwurz (*Dentaria pentaphyllos*), das dreiblättrige Schaumkraut (*Cardamine trifolia*), die Frühlings-Walderbjse (*Orobanchis vernus*), die krainische Wolfsmilch (*Euphorbia carniolica*), die gemeine Haselwurz (*Asarum europaeum*).

An quelligen Stellen des Golove und Rosenbacher Berges kommt die in ihrer Verbreitung auf das Laibacher Beden beschränkte knollentragende Sternmiere (*Stellaria bulbosa*) nicht selten vor.

Am Abhange des einstigen Savelstuhlbettes hinter dem Pulverturm blühet das rosenfarbige stengellose Läusekraut (*Pedicularis acaulis*), eine zuerst von Scopoli im Tolmeiner Gebiete entdeckte Borstpenpflanze, welcher an diesem Standorte die Ehre eines Besuches des verstorbenen Königs von Sachsen zu Theil wurde.

Von den Felswänden des Großstahlenberges blühen die schneeweißen Blüten des Felsen-Steinbrechs (*Saxifraga petraea*), einer der reizendsten, auch für den Blumisten sehr lohnenden Felsenpflanze, deren äppige Blattrosetten nur mittelst einer fadenförmigen Wurzel zwischen den Steinen haften.

Ferner blühen in der Umgebung: Die gemeine Hainjimsie (*Luzula campestris*), die gemeine Kugelblume (*Globularia vulgaris*), die wiesentropfenartige Becherblume (*Poterium Sanguisorba*), der kopfförmige Geißlee (*Cytisus capillatus*), das Brillenschötchen (*Biscutella laevigata*), der dreifingerige Steinbrech (*Saxifraga tridactylites*), das Waldveilchen (*Viola silvestris*). Die ersten Blüten der Erdbeere (*Fragaria Vesca*) zeigen sich.

In Blütenfülle stehen: die Pfirsich, der Kirschbaum, das Frühlingsauge, die burgblättrige Kreuzblume, welche letztere in der roth und gelb blühenden Varietät einen sehr bunten Farbenwechsel zeigt.

Das Sumpfwildchen, eine der schönsten Weidenarten unserer Flora, bildet an sumpfigen Stellen und längs den Torfgräben durch sein geselliges Auftreten die reizendsten blauen Vorduren.

Berblüht sind: die Aprikose, die Meerzwiebel, der Hundszahn, der Lerchensporn u. a. m.

Aus der zahlreichen Gattung der Seggen blühen: Die weiße, die gefingerte, die vogelfußförmige, die behaarte Segge (*Carex alba*, *C. digitata*, *C. ornithopoda*, *C. pilosa*) an trockenen Stellen; die fennigartige, die steife u. a. m. (*Carex panicea*, *C. stricta*) auf nassen Wiesen.

Bereits beginnt die Entfaltung des lockenförmig aufgewidelten Laubes der Farnkräuter; vollkommen entfaltete Wedel zeigen der Buchentüpfelfarn (*Polypodium Phegopteris*) und der gezähnte Schildfarn (*Aspidium felix femina*).

Seit dem Beginne des Monats erscheint auf Wiesen die eßbare Morchel (*Morchela edulis*) und wird von den Landleuten häufig zu Markte gebracht.

An den Winterhaften schreitet das Wachstum der Halme rasch vorwärts, einzelne Halme des Winterroggens haben schon nahezu 2 Schuh Höhe, was der Anforderung der Bauernregel, wornach zu Georgi sich im Getreide eine Krähe verstecken soll, mehr als Genüge leistet.

Eingefendet.

Der Unglücksfall, welcher sich am 17. d. M. hier am Marienplaz ereignete und leider den Tod eines hiesigen Gewerkmannes zur Folge hatte, ist eine Mahnung zur Verwahrung und Verhütung von künftigen ähnlichen Unglücksfällen. Wer war nicht schon ein oder das andere Mal Zeuge von Gefahren, welche den Fahrenden oder Fußgehenden wegen des Kreuzens der fünf Gassen und der Ausmündung der Franzensbrücke am Marienplaz drohen, zumal da einen bedeutenden Theil dieses verhältnismäßig kleinen Plazes die drei Stiegen zur Franziskanerkirche einnehmen. Möge daher Jedermann, welcher jenen Plaz namentlich an Markttagen und bei sonstigem größeren Andränge der Menschen passirt, sich und andere vor Unglück schützen; auch wäre zu wünschen, daß an der langen Wand der so zahlreich besuchten Kirche eine Thüre, welche schon einst bestand, wieder geöffnet und das Geländer der Stufen zur Kirche stets gut erhalten werden möchte, um Unglück zu verhüten.

Einer für Viele.

Aus den Landtagen.

Wetz, 16. April. In der heutigen Sitzung der Deputirtentafel wurde Karl Zeyl zum zweiten Vicepräsidenten und Franz Desvay zum sechsten Schriftführer gewählt. Die Wahl der 15 siebenbürgischen Mitglieder der Siebenundsechsziger-Kommissionen wird in der nächsten Sitzung publizirt. In der zahlreich besuchten Sitzung der Magnatentafel waren unter den Mitgliedern mehrere hohe Militärs und auf der Galerie die gestern hier eingetroffenen kroatischen Deputirten anwesend. Nach Verlesung der zweiten Deputirtenadresse sprach Baron Bela Wenkheim für die Annahme derselben. Ohne ungarische, verantwortliche Regierung, sagte Redner, sei der Ausgleich nicht möglich; einer solchen werden sich die Municipien gerne fügen und dadurch werde die gegenwärtige unhaltbare Stellung der Obergespanne aufhören. Die Adresse empfehle sich durch die Macht der Argumentation und durch dynastische Gesinnung. Graf Johann Cziráky stimmt gegen die Annahme der Adresse in der vorliegenden Form, und will, daß das Haus sich derselben nur insofern sie eine Rechtsverwahrung enthält anschleße, ohne sich die über letztere hinausgehende Bitte um Restitution anzueignen. Em. Pechy, Graf Leopold Radasdy und Baron Viktor Meznil sprechen für, Bischof Ranolder, Graf Anton Szekhen gegen die Adresse. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Wetz, 17. April. (Magnatentafel.) Im weiteren Verlaufe der Sitzung, welche bis 3 1/4 Uhr dauerte, sprachen Bischof Graf Aug. Forgach, Graf Johann Waldstein, der Kardinal-Primas, Bischof Pap-Szilaghy, Bischof Lévah und Graf Johann Schmidegg gegen, Graf Philip Szigray, Graf Alex. Erdödy und Baron Andreas Drczy für die Annahme der Deputirtenadresse. Morgen Fortsetzung der Debatte.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 17. April. Die Antwort Preußens auf die österreichische Depesche vom 7. April ist heute übergeben worden.

Berlin, 17. April. Die „Kreuztg.“ schreibt: Wie sehr wir die Fortdauer unserer Rüstungen bedauern, so können sie doch unmöglich aufhören, so lange Oesterreich in Böhmen aufgehäuft Truppen stehen läßt.

Berlin, 17. April. (N. Fr. Pr.) Rußland setzt seine Vermittlungsversuche fort. Man befürchtet hier eine angeblich durch österreichischen Einfluß hervorgerufene Intervention der Westmächte.

Berlin, 17. April. (N. Fr. Pr.) Die „Reidler'sche Correspondenz“ schreibt: Die Sonntags nach Wien abgegangene preußische Depesche verweigert die Zurücknahme der Rüstungen, bis die österreichischen Truppen-Anhäufungen an der Grenze aufhören.

Dresden, 17. April. Das „Dresd. Journ.“ berichtet aus Warschau: In Folge des gestrigen Attentates auf Se. Majestät den Kaiser von Rußland ist der Statthalter in Polen Graf Berg heute Vormittags nach Petersburg abgereist.

Hamburg, 17. April. (N. Fr. Pr.) Die „Börse“ versichert, Preußen werde seine Rüstungen nicht vor der tatsächlichen Demobilisirung Oesterreichs einstellen.

Florenz, 16. April. Der Finanzminister hat in der Kammer den Gesetzentwurf eingebracht, welcher die Ermächtigung zur provisorischen Budgetgebarung für 1866 bis zur definitiven Genehmigung des Budgets verlangt.

Paris, 17. April. Der „Konstitutionnel“ meldet, daß Vassiere in Straßburg mit 19.600 Stimmen gegen Laboulaye, welcher 9900 Stimmen erhielt, wiedergewählt wurde.

London, 16. April (Nachts.) Sitzung des Unterhauses. Beaumont kündigt an, daß er morgen wegen des angeblichen preussisch-italienischen Traktates interpelliren werde.

Petersburg, 18. April. (Tr. Z.) Der Ketter des Kaisers, der Bauer Ossip Swanow, der die Mörderhand ablenkte, wurde in den Adelsstand erhoben.

Telegraphische Wechselkurse vom 18. April.

5perz. Metalliques 58.10. — 5perz. National-Ansehen 60.60. — Bankaktien 691. — Kreditaktien 129.60. — 1860er Staatsanlehen 74.20. — Silber 105.75. — London 106.25. — L. f. Dutaten 5.09.

Das Postdampfschiff „Allemania“, Kapitän Trautmann, ging, expedirt von Herrn August Volten, William Miller's Nachf., am 14. April vollständig besetzt von Hamburg via Southampton nach New-York ab.

Milde Gaben für die Nothleidenden in Unterfrain

- wurden beim k. k. Landes-Präsidium erlegt: a. Von der „Narodna Citalnica“ in Krainburg der Ertrag einer am 8. April l. J. veranstalteten Feseda mit . . . fl. 50.— b. vom hochwürdigen fürstbischöfl. Ordinariate der Sammlungsbetrag von „ 206.55 1/2 c. vom k. k. Bezirksamte Rudolfswerth der Ertrag eines von dem dortigen Kasinoverein veranstalteten Glücksspiels mit . . . „ 100.— d. von der Redaktion der „Laib. Ztg.“ zusammen . . . fl. 383.55 1/2

Geschäfts-Beitung.

Laibach, 18. April. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 14 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 106 Ztr. 75 Pfd., Stroh 94 Ztr. 70 Pfd.), 22 Wagen und 6 Schiffe (30 Klaster) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, Unit, Price, Item, Unit, Price. Lists prices for various goods like Weizen, Korn, Gerste, Hafer, etc.

Rudolfswerth, 17. April. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

Table with 4 columns: Item, Unit, Price, Item, Unit, Price. Lists prices for goods like Weizen, Korn, Butter, Eier, etc.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Date, Time, Barometer, Wind, etc. Shows weather observations for April 18th.

Amtsblatt zur Laibacher Zeitung Nr. 89.

Donnerstag den 19. April 1866.

Ausschließende Privilegien.

Nachstehende Privilegien sind erloschen und wurden als solche im Monate Februar 1866 vom k. k. Privilegien-Archive einregistriert und zwar:

- 1. Das Privilegium des Laurenz Mayer, vom 29. August 1854, auf die Verbesserung an den ihm unterm 21. August 1849 privilegirten geruchlosen Haus- und Zimmer-Netiraden.
2. Das Privilegium der Joseph Lacassagne und Rudolf Thiers, vom 26. August 1855, auf die Erfindung eines neuen physikalischen Apparates, genannt „elektro-magnetischer Regulator.“
3. Das Privilegium des Hermann Heinrich Friedenhaus, vom 9. August 1856, auf die Erfindung in der Anwendung der Zentrifuge zum Zwecke des Ausziehens des rohen Saftes aus der Rübe.
4. Das Privilegium der Thomas James Sloan und Jahn freres und Komp., vom 18. August 1858, auf die Erfindung von Verbesserungen in der Fabrikation von Holzschrauben und andern Schrauben.
5. Das Privilegium des Ignaz Gatter, vom 9ten August 1860, auf die Verbesserung an den Kühlapparaten für Flüssigkeiten.
6. Das Privilegium der A. Reinhardt, C. Zimmer und P. Schweizer, vom 7. August 1861, auf die Erfindung eines Bier-Kühlapparates.
7. Das Privilegium des Gustav Graf Pininski und Franz Povek, vom 13. August 1861, auf die Verbesserung, jede Art von Stoff durch einen eigenen Anstrich wasserdicht und elastisch zu machen, so wie auf gleichem Wege Eisen, Holz u. dgl. vor den Einflüssen der Witterung zu schützen.
8. Das Privilegium der Joseph Borges Edlen von Porthelm, Georg Vertsch und Heinrich Rindig, vom 1. August 1861, auf die Erfindung eines Verfahrens, eiserne Walzen mittelst eines galvanischen Kupferüberzuges zum Zeugdruck geeignet zu machen.
9. Das Privilegium des Jakob Taylor, vom 11ten August 1862, auf die Verbesserung der Krempel- oder Kragmaschine.

- 10. Das Privilegium des Isak Levis Pulvermacher, vom 30. August 1862, auf die Erfindung von Apparaten zur Erzeugung galvanischer und magneto-elektrischer Ströme.
11. Das Privilegium des Johann Raunditz, vom 5. August 1863, auf die Verbesserung seiner privilegirt gewesenen Alpinabin-Kräuter-Haarwuchs-Pomade, genannt „Flora-Alpinabin-Haarwuchs-Pomade.“
12. Das Privilegium des Jakob Viktor Gauthier, vom 7. August 1863, auf die Erfindung einer eigenthümlichen Maschine zur Erzeugung von Bolzen und Nietennägeln.
13. Das Privilegium des Johann Niernsee, vom 11. August 1863, auf die Erfindung einer eigenthümlichen Art von Schiefereindeckung.
14. Das Privilegium des Giralomo Cavanna, vom 11. August 1863, auf die Erfindung einer eigenthümlichen hydraulischen Maschine.
15. Das Privilegium des Eduard A. Paget, vom 13. August 1863, auf die Verbesserung der Einrichtungen zum Appretiren, Spinnen, Drehen und Duppliren von Wolle, Kotton und andern Faserstoffen.
16. Das Privilegium des Ditmar Franz Falta, vom 16. August 1863, auf die Erfindung einer eigenthümlichen, wenig schäumenden Zahnpasta.
17. Das Privilegium des Charles A. Waterbury, vom 28. August 1863, auf die Verbesserung der Projektile für Gewehre und Kanonen.
18. Das Privilegium des Friedrich Strobl, vom 2. August 1864, auf die Verbesserung in der Verzierung der Fächer.
19. Das Privilegium der Florian Salzgeber und Heinrich Sarge, vom 2. August 1864, auf die Erfindung einer Maschine zum Walken des Oberleders für Stiefel und Schuhe.
20. Das Privilegium der Francois Verthier und Francois Secretant, vom 2. August 1864, auf die Erfindung einer Verfaserungs-Maschine (machina à effilocher).
21. Das Privilegium des Wilhelm Kirchrath, vom 4. August 1864, auf die Verbesserung an den sogenannten transportablen Eistellern.

22. Das Privilegium des Alexander Velházy vom 5. August 1864, auf die Erfindung von windsicheren Mineralöl-Lampen.

23. Das Privilegium des Karl Krempf, vom 8. August 1864, auf die Verbesserungen an Getreidemöhlen.

24. Das Privilegium des Karl Köfner, vom 8. August 1864, auf die Verbesserung der Zirkulations-Kaffeemaschine, genannt „Arabische Kaffeemaschine.“

25. Das Privilegium des Gustav Pfannkuche, vom 8. August 1864, auf die Erfindung, die feuerfesten Kassen nur aus verzinktem Eisenblech und Eisengattungen herzustellen.

(Schluß folgt.)

107—2)

Nr. 1197.

Rundmachung.

Am 30. April 1866 Vormittag um 11 Uhr findet die einundzwanzigste Verlosung der krain. Grundentlastungs-Obligationen im hiesigen Burggebäude im ersten Stock statt.

Laibach, am 12. April 1866.

Vom krain. Landes-Ausschusse.

(108—1)

Nr. 58 Not.

Notars-Stelle in Franz.

Zur Wiederbesetzung der durch den Tod des Herrn Andreas Bratkovic erledigten Notarsstelle zu Franz in Untersteiermark wird der Konkurs ausgeschrieben.

Bewerber haben ihre gehörig dokumentirten und mit der Qualifikationstabelle belegten Gesuche längstens

bis zum 20. Mai l. J.

hierorts zu überreichen.

Gilli, am 7. April 1866.

k. k. Notariatskammer.